

# Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Donhoff (A 7) 3600-3667.  
für den Fernverkehr Amt Donhoff 3688-3698. Telegramm-Adresse:  
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark.  
Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellseld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch,  
Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile  
20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. · Nr 401 · B 198

MITTWOCH, 26. AUGUST 1931

ABEND-AUSGABE · V

## Berlins neue Sparbeschlüsse

### Bürgermeister und Stadträte verzichten freiwillig

Eine gemeinsame Konferenz des Berliner Magistrats und der Bezirksbürgermeister sowie eine anschließende Magistratsratung beschlossigten sich am Mittwoch, wie angekündigt, in meistfindiger Beratung mit den Eingangsverordnungen des Städtebaus und den in der Berliner Vermahlung durchgeführten Maßnahmen. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß eine wirksame Eingangsbeschränkung nur durch eine strengere Organisation der Vermahlung, Höherer Arbeitsleistung und Abbau jeder unnötigen Behälterarbeit möglich ist.

Die bereits eingeleiteten Vorarbeiten — insbesondere die Ordnung über das Verhältnis zwischen Zentrale und Bezirken — sollen beschleunigt fortgeführt, die laufenden Verfahren des Verwaltungsapparats planmäßig fortgesetzt und die Eingangsbeschränkungen des öffentlichen Angebots mit Hochdruck betrieben werden. Soweit es in den Kräfte der Stadtbauverwaltung liegt, sollen weitere geeignete Maßnahmen getroffen werden, um durch Gefährdungen auf dem Gebiet der Baumwirtschaft, der Gemüßkulturvermittlung und des anderen Handel der Gütervermittlung die private Initiative entgegen zu wirken und die Überwindung der Krise nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die durch Stellen- und Cataloge erscheidende fortwährende Einschränkung der öffentlichen Ausgaben erstreckt sich auf alle Verwaltungsabteilungen der Stadt. Die Mitglieder des Magistrats und die Vorsitzenden der Bezirksämter haben sich bereit erklärt, über die Bestimmungen der Notverordnung hinwegzusetzen, während der Dauer der Notverordnungen auf insgesamt 30 Prozent ihres Gehalts zu verzichten. Am stärksten betroffen sind die Beamten, werden die im Etat vorgesehenen Mittel um mehrere Millionen Mark

gerührt, die Inangriffnahme aller Hochbauten wird unterbleiben und die einmaligen Ausgaben des Haushaltsplans werden gespart.

Bei den höheren Gehaltsstellen wird die Einstellung des Schulgeldes nach dem Eintommen aufgehoben und an ihre Stelle tritt das in den übrigen preussischen Schulen übliche System der Freiklassen. In allen Schulgattungen wird die Klassenzahl verringert, wodurch leider weitere Entlassungen nicht fest angefallener Lehrkräfte unvermeidlich geworden sind. Die Höhe dieser Entlassungen steht zwar im Augenblick noch nicht fest, aber es dürfte sich hierbei um mehrere hundert nicht fest angefallener Lehrkräfte handeln.

An der Wohlfahrtspflege werden die ergänzenden Leistungen eingeschränkt und über die Höhe des Fürsorge-Richtmaßes soll entschieden werden, sobald die Verordnungen der Preisregulierung über die Gekhaltung der gehobenen Fürsorge vorliegen.

Angeordnet erwartet der Magistrat von seinen Bezirken und den beschleunigten Eingangsmaßnahmen eine Verabreichung des Haushaltsüberschusses um 25 bis 30 Millionen Mark für den Rest des Jahres. Diese Einnahme gelangt aber keinesfalls, um die Berliner Subventionsführung sicherzustellen und die Kostenbereitschaft der Stadt zu gewährleisten. Wenn der Magistrat schweren Herzens zu Beschlüssen gelangt ist, die das Niveau der Berliner Kommunalarbeit tief senken, so ist dies in der bestimmten Erwartung geschehen, daß die Preisregulierung nun auch ihrerseits einseitig die unbedingt erforderliche weitere Hilfe ausreicht liefert und gleichseitig durch ein aufbauendes Wirtschaftswirtschaftsprogramm der Wiederrückführung der Lebensrechnung gibt, daß diese schweren Opfer nicht umsonst gebracht werden.

## Kurzfristiger Kredit

DR. ALBRECHT GRAF MONTGELAS  
Berichterstatter der Vossischen Zeitung

LONDON, 26. AUGUST

Die Spannung, die in England und die Welt durch den rasch aufeinanderfolgenden Wechsel der Ereignisse der letzten drei Tage gehalten wurde, ist gemindert. Man kann heute sich im Stillen zurückziehen und darüber nachdenken, was das Regierungsgeschehen, das nach dem politischen Leben auf dieser kleinen aber wichtigen Insel sich geformt hat, für ihre Bewohner, was es für Deutschland und was es für die Welt bedeuten kann.

Für den Engländer, dem sein Schicksalgenius das Gesicht gegeben hat, nur die unmittelbare sich aufdringenden Aufgaben zu sehen, nur mit den Zeitfragen zu rechnen, wie sie grade sind, dessen Umgang ein weitgehender Phantasie ihn nie in die Gefahr bringt, den Blick für das, was er im Augenblick tun muß, durch Zukunftsphantasien zu verblenden, erscheint die Situation ungewehr einfach. In einem Land, zu dessen Wirtschaft neben andern politisch und gesellschaftlich führenden Konventionen auch Stanley Baldwin gehört, war schon gelernt nach dem Prinzip hier und dort die Ansicht zu hören, daß „jeht alles in Ordnung“ liegt. Der Oberbegriff des führenden „konventionellen“ Politikers war ebenfalls schädlich von seinen Freunden, weil er „jeht endlich“ auf Fern gehen hieß. Für die nächsten sechs Wochen sei der Weg der Politik vorgezeichnet. Auf die Frage, wer wohl Zusammenstürzen werden würde — was geteilt um diese Stunde noch unbekannt war — meinte er, das sei doch ganz selbstverständlich. Mit Außenpolitik würde sich dieses zwei fürgebrachte Kabinett gar nicht zu beschäftigen haben. Für diese Gegenwart ist die Situation von einer erquicklichen, wenigstens sie selbst erleubenden Klarheit: vor allem einmal ist die sozialistische Regierung gestürzt. Was der starken Opposition im Parlament nie gelungen wollte und kaum gegungen konnte, das hat der sozialistische Premierminister selbst bezeugt. An Tod für den sozialistischen Vorktor, der vor Abgeordneten über das Aussehen seines kapitalistischen Patienten, des Herings, kapitalistische Kollegen zur Konfultation ans Straßentor herauf hat und ihre Dignität und Behandlungsmethode bedenkliches akzeptierte, fehlt es natürlich nicht.

Er, MacDonald, ist zwar noch Premierminister des Landes, aber, parlamentarisch gesprochen, ist er der Chef einer konventionell-liberalen Koalitionsregierung mit beschränkter Aufgabe und beschränkter Laufzeit, auf die in absehbarer Frist John Simon und damit, davon ist man in konventionellen Kreisen überzeugt, eine unvermeidlich hundertprozentig genutzende konventionelle Regierung folgen wird.

So klar und einfach stellt sich dem fremden Beobachter die Lage nicht dar. Gewiß, die geteilt gebildete Regierung hat einige ganz sehr unheimliche Aufgaben: Geldbeschaffung und Geldempfang zur Ausbalancierung des englischen Staatshaushalts, auf der die Stabilität des Sterling und das Vertrauen der übrigen Welt in die Solvabilität der englischen Wirtschaft beruht. Gewiß hat nach allgemeiner Auffassung diese ad hoc gebildete Regierung nach Erfüllung dieser Aufgabe von der Bühne abzutreten. Sie soll nicht die des Koalitionskabinetts George George nach Vermählung der ihr gesellschaftlichen Aufgaben, den Preis zu gewinnen, was er auf der politischen Bühne „herausgeholt“. Den Preis will man zum zweitenmal haben. Man will in den Krieg und auch jeht wieder unterbrochene Tradition, daß eine Partei die ganze Verantwortung trägt, und nachdem sie zur Verantwortung gezogen ist, durch eine andere Partei wieder mit voller Verantwortung ersetzt wird, nicht durch „kontinentale Regierungsmethoden“ abgelöst werden.

Mit einem Wort, die Nation, soweit sie hinter den Persönlichkeiten des neuen Kabinetts steht, hat dieser Regierung einen kurzfristigen Kredit für einen bestimmten Zweck gegeben. Aus der beifigen Gewißheit der allertüchtigsten Welt wissen wir, daß kurzfristige Kredite weitreichende Folgen haben können. Die Welt steht nicht still, während England seinen Haushalt in Ordnung bringt. Es gibt jeht schon außerhalb Englands weitpolitische Fragen, die England eng verbinden, und an deren Lösung weiter gearbeitet werden muß. Es können neue und neue Aufgaben kommen. Was dritte Kabinett MacDonald kann, wenn es von der Welt vor einer oder mehreren dieser Fragen gestellt wird, nicht einfach erklären, dazu ist es nicht so, es habe sich nur mit den englischen Finanzen zu beschäftigen.

Mit der zeitlichen Beschränkung hat es einen Schaden. Selbst wenn das „Sparbüchlein“ jeht unmittelbare Aufgabe in der erwartenden kurzen Zeit bewältigt, so können in dieser

## Das Recht zur Ermächtigung

### Was die neue Notverordnung bedeutet

Über die Frage, ob es verfassungsmäßig zulässig ist, daß der Reichspräsident die Länder ohne Einverständnis der Landesparlamente ermächtigt, wird von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt:

„Bei der Ausübung der auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Verfassung verliehenen Befugnis ist der Reichspräsident an die normale verfassungsmäßige Zuständigkeit, Abgrenzung zwischen den Ländern, nicht gebunden. Er vermag also auf Grund des Artikels 48 ebenfalls die Zuständigkeit sowohl des Reichspräsidenten als auch des Landesgesetzgebers in sich. Soweit er siernach Maßnahmen trifft, die sonst zur Zuständigkeit des Landesgesetzgebers gehören, gehen sie abweichend den Bestimmungen des Landesrechts vor. Artikel 48 verlangt nicht, daß der Reichspräsident alle einzelnen Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der gestörten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nötig hält, selbst trifft. Es ist vielmehr anerkanntes Recht, daß dem Artikel 48 Gemüge getan ist, wenn der Reichspräsident die Richtung der von ihm für nötig erachteten Maßnahmen in bestimmter Weise umgrenzt und so ihrer Durchführung im einzelnen andere Stellen ermächtigt.“

An untergeordneter Stelle wird kein Zweifel darüber gelassen, daß die Notverordnung, wenn sie auch formal sich damit begnügt, Ermächtigungen zu erteilen, tatsächlich eine Umwälzung nahekommt. Da die Länder gesetzgebend fortwährend auf die Hilfe des Reichspräsidenten angewiesen sind, hat das Recht in der Form, die dem Reichspräsidenten in diesem bestimmten Zusammenhang unabhängig zu machen. Der Erfolg von Ausführungsbestimmungen steht unmittelbar bevor. Uebrigens soll die Annahme, man werde die Notverordnungen gegen Tarifverträge anwenden, unbegründet sein. Die in der Notverordnung erwähnten Verträge, die nicht gekündigt sein sollen, sind zunächst Privat-Dienstverträge. Dagegen gemäßigt die Notverordnung vollen Schutz offenbar den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverträgen.

Für die Gemeinden können zunächst die aus der Schutzsteuer-Rückzahlung stammenden 80 Millionen in Frage gestellt werden, sich das Recht verweigert nicht darauf beschränkt können, sondern wird weitere finanzielle Hilfe leisten müssen. Wenn die Städte und Gemeinden ihre Selbstverwaltung jeht möglichst den Schulden und Einnahmen des Reiches anpassen sollen, so sind je jedoch auch ermächtigt, unter der Rubrik der Reichsabschlüsse

hinunterzugehen, wenn ihre Einnahmen dies erforderlich machen. In den Bundesländern an die Länder mit den Statuten für die Ausführung der Notverordnung wird, wie erwähnt, u. a. betont werden, daß für die Räumung der Gehäuser in erster Linie die langfristigen Einzelverträge, nicht aber die kurzfristigen Tarifverträge in Betracht kommen. Die Sparmaßnahmen dieser Art können aber selbstverständlich auch auf gemeinschaftliche Betriebe, auf Gesellschaften, an denen die Regierungen ausreißend beteiligt sind, Theaterbetriebe, Wirtschaftsbetriebe usw. ausgedehnt werden, um teilweise neue Ausgaben zu vermeiden oder bestehende Einnahmen zu erhöhen.

## Mexikanische Abgeordnete schießen aufeinander im Parlament

### Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 26. AUGUST

An der mexikanischen Deputiertenkammer kam es über die Verwaltung des Staates Jalisco zu einer heftigen Ausrede, in deren Verlauf plötzlich mehrere Abgeordnete ihre Revolver zogen und aufeinander schossen.

Als die Sitzung in das Parlamentsgebäude einbrach, waren mehr als 40 Schüsse gefallen. Ein Deputierter war getötet, drei schwer verwundet worden.

## Hungarn ohne Minister-Autos

### Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, 26. AUGUST

Der Ministerklub hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sämtliche staatlichen Personenaufmobile aus dem Personalverzeichnis aus dem Verzeichnis zu geben. Was mit den auf diese Weise überflüssig gemachten Autos und dem Personal gehen soll, ist noch nicht bekannt. Ministerpräsident Graf Karolyi bediente sich auch bisher nur eines Taxis.